



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede
der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich
der 2./3. Lesung des
Regierungsentwurfs des Haushaltsgesetzes 2011

am 25. November 2010
im Deutschen Bundestag

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Der Erfolg von Politik entscheidet sich nicht an der Bewertung durch die Opposition. Der Erfolg von Politik entscheidet sich auch nicht am Geschmack eines Einzelnen. Der Erfolg von Politik entscheidet sich an Fakten.

Wir sind ein großes Stück vorangekommen. Wir haben das BAföG weiterentwickelt und die Fördersätze erhöht. Nachdem Jahre und Jahrzehnte darüber in Deutschland nur gesprochen wurde, haben wir begonnen, mit dem Deutschlandstipendium eine Stipendienkultur aufzubauen. Wir haben endlich etwas dafür getan, dass arme Kinder an Bildung teilhaben.

Wir haben endlich die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen auf den Weg gebracht. Denn es ist nicht in Ordnung, dass beispielsweise jemand, der im Ausland Physik studiert hat, in Deutschland nicht mehr machen kann, als Taxi zu fahren. Anerkennung bedeutet Gerechtigkeit.

Wir haben viele Einzelmaßnahmen zu dem zusammengefügt, was wir nun „Bildungsketten“ nennen. Wir haben in den vergangenen Jahren erreicht, dass die Zahl der Schüler, die keinen Schulabschluss hat, deutlich abgenommen hat. Ein Schulabschluss ist für einen Schüler die entscheidende Eintrittskarte in Ausbildung oder Studium. Es war ein wichtiger Schritt, Bildungslotsen einzusetzen, die sich nun um die Schülerinnen und Schüler ab der siebten Klasse kümmern. Wir wollen nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist. Wir gestalten den Übergang von der Schule in die Ausbildung besser. Darin spiegelt sich das wider, was eine gute Pädagogik ausmacht – Aufmerksamkeit für den einzelnen Jugendlichen. Große ideologische Pläne, mit denen man an die Jugendlichen letztlich überhaupt nicht herankommt, nutzen da wenig.

Mit dem Projekt „Bildungsgutscheine“ im Bereich der Weiterbildung haben wir einen erheblichen Motivationsschub ausgelöst. Die meisten Bildungsgutscheine gehen an erwachsene Menschen, die bis dahin noch nicht auf die Idee gekommen sind sich weiterzubilden. Dass sie diesen Zugang heute bekommen, ist ein Erfolg und ein ganz wichtiger Schritt, um Weiterbildung in Deutschland zu stärken.

Wenn man sich die Studie über Ganztagschulen ansieht, erkennt man, dass der Bau von Ganztagschulen nicht unwichtig war. Aber die Einschätzung von damals gilt auch heute noch: Bauen macht nur Sinn in Verbindung mit einer pädagogischen Entwicklung der Schulen. Dazu ist es notwendig, dass die Länder genügend Personal zur Verfügung stellen.

Außerdem muss das geschehen, womit wir in der Großen Koalition angefangen haben: Wir müssen uns nicht nur um den Bau einer Mensa kümmern, sondern den Schulen helfen, Konzepte zu entwickeln. Das führt zu besseren Schulen und zu einer größeren pädagogischen Qualität. So setzen wir das Programm sinnvoll um.

Die Antwort der Bundesregierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV konnte kein Infrastrukturprogramm oder irgendein Programm für Schulen sein. Der Auftrag war ein anderer. Der Auftrag richtet sich auf das Individuum, die Förderung von Einzelnen. Er ist auf Kinder ausgerichtet – und nicht auf Institutionen.

Zu den Fakten gehört auch: Als 2005 die Große Koalition anfang zu regieren, hatte es in Deutschland eine jahrelange, besorgniserregende Stagnation der Studienanfängerzahlen gegeben. Alle hatten den Eindruck, in Deutschland wollten junge Leute nicht studieren. 2010, nur fünf Jahre später, hat sich die Zahl der Studienanfänger auf über 46 Prozent erhöht; das ist eine Steigerung um 10 Prozentpunkte. Das hat es nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben.

Wie ist diese Steigerung zu erklären? Die jungen Leute merken, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung in diesem Land wieder einen höheren Stellenwert haben. Sie merken, dass in Berlin die richtige Politik gemacht wird. Die jungen Leute spüren, dass Deutschland für Studierende attraktiv ist; nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist es das drittbeliebteste Land. Die jungen Leute spüren, dass sich Bildung lohnt und dass sie ihr Studium wieder finanzieren können, weil es nicht nur BAföG gibt, sondern im Laufe der Jahre auch eine Stipendienkultur, die mehr ist als die Grundsicherung über BAföG.

Die jungen Leute spüren auch, dass Verlässlichkeit in die Politik gekommen ist. Diese Bundesregierung ist ein verlässlicher Partner der Studierenden. Sie ist ein verlässlicher Partner der Hochschulen. Sie ist ein verlässlicher Partner der Forschungsorganisationen. All dies betrifft einen langen Zeitraum; denn wir fahren nicht nur auf Sicht, sondern haben die zusätzlichen 12 Milliarden Euro klar im Koalitionsvertrag verankert.

Was die Aussetzung der Wehrpflicht angeht: Ich glaube, dass für die Hochschulen ein späterer Zeitpunkt günstiger gewesen wäre. Wir müssen jedoch abwägen zwischen der Aufgabe, neue Studienplätze zu schaffen, und unserem Fachkräftebedarf. Wir diskutieren täglich über die Frage, wie wir den Fachkräftebedarf in den nächsten zehn Jahren in Deutschland decken können, um unseren Wohlstand zu halten. Die Fachleute sagen: Schon in den nächsten fünf Jahren werden auf 100 Akademiker, die in den Ruhestand gehen, nur 90 folgen.

Angesichts dessen ist es eine Chance, wenn nun mehr junge Leute ein Studium beginnen. Außerdem haben wir einen Hochschulpakt, der für 275.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 sorgt. Am Hochschulpakt 2005 bis 2010 ist erkennbar, dass nicht schon vorab festgelegt war, wie viele Studienplätze in einem Jahr geschaffen werden. Das heisst: Länder können natürlich statt im Jahr 2012 oder 2013 bereits 2011 einen höheren Anteil Studienplätze in Anspruch nehmen.

Wir reden 2013 darüber, was für 2014 und 2015 gegebenenfalls notwendig ist. Dann werde ich das sagen, was ich auch dieser Tage gesagt habe: Die Bundesregierung steht zum Hochschulpakt. Sie steht auch zur Weiterentwicklung des Hochschulpaktes. Sie wird ihn für 2015 bis 2020 aushandeln. Dann muss für uns klar sein: Diejenigen, die Abitur machen und sich um einen Studienplatz bemühen, werden nicht in die Wartschleife geschickt. Ich erwarte von den Ländern, dass sie den Hochschulen jetzt nicht Rücklagen wegnehmen, sondern ihnen Rücklagen lassen und investieren.

Das ist ein Teil der Fakten. Die jungen Leute haben die Fakten verstanden. Das Thema Bildung und Wissenschaft hat in diesem Land einen völlig anderen Klang als noch vor einigen Jahren. Ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben – den Berichterstattern, den Regierungsfractionen und dem Haushaltsausschuss, der harte Arbeit zu leisten hat. Ich möchte dafür danken, dass es gelungen ist, auch im nächsten Jahr Zusagen einzuhalten, verlässlich zu bleiben und dem gerecht zu werden, was in dem Satz steckt: Lehren und Lernen gehört zu den besten Seiten des Menschen.

Vielen Dank.